

Serie: Politische Stiftungen in Asien (1)

Die Auslandsarbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Südasien

Katrin Bannach

Im Jahr 2010 feierte die South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) ihr 25. Gründungsjubiläum. Dennoch bleiben Beschlüsse dieser Regionalorganisation häufig reine Absichtserklärungen. Ihr Ziel ist die Förderung von Austauschbeziehungen zwischen den Staaten und Gesellschaften Südasiens, die allerdings – ob wirtschaftlicher, politischer oder gesellschaftlicher Art – noch sehr schwach ausgeprägt sind.

Es werden noch immer weniger als fünf Prozent des gesamten Handels der Staaten regional umgesetzt (Association of Southeast Asian Nations (ASEAN): 26 Prozent). Die Kosten für den grenzüberschreitenden Handel zählen zu den höchsten weltweit. Allein Terrorismus ist innerhalb der Region ein Exportschlager. Eine belastbare regionale Sicherheitsarchitektur besteht nicht, was angesichts der Existenz zweier Atommächte (Indien und Pakistan) Anlass zur Besorgnis gibt.

Die Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung ist deshalb regional ausgerichtet und fördert die Zusammenarbeit von Akteuren der Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Unter ihnen dominieren die Bereitschaft und der Wunsch zu interagieren und zu kooperieren.

Zwei Beispiele der Förderung regionaler Kooperation

Grenzüberschreitender Handel ist ein wichtiges Vehikel der regionalen Integration und Krisenprävention, da wirtschaftliche Interdependenzen den Kreis derjenigen verringert, die von einer gewaltsamen Auseinandersetzung profitieren würden.

Die Stiftung begleitet den südasiatischen Handelskammerverband SCCI seit seiner Gründung im Jahr 1993 und fördert Seminare und Publikationen, die hochrangige Teilnehmer und eine breite Medienberichterstattung anziehen. Auf dem 16. SAARC Gipfel im April 2010 beschlossen die Regierungschefs, das South Asian Free Trade Agreement (SAFTA) auf den Dienstleistungssektor zu erweitern. Dieser bedeutende Beschluss kann auch auf die kontinuierliche Advocacyarbeit von SCCI zurückgeführt werden.

Der Stiftungspartner Centre for Dialogue and Reconciliation (CDR) setzt sich für die Bearbeitung des Kaschmirkonflikts ein. Er bildet einen zentralen Stolperstein auf dem Weg zur regionalen Integration. Sowohl Indien als auch Pakistan beanspruchen die legitime Souveränität über den gesamten ehemaligen Fürstenstaat, der seit Ende 1948 de-facto geteilt ist. Kontakte zwischen Bürgern auf beiden Seiten der so genannten Kontrolllinie wurden erst seit 2005 durch Busverbindungen und seit 2008 durch die Öffnung der Kontrolllinie für einen eingeschränkten Handel ermöglicht. Diese vertrauensbildenden Maßnahmen bedeuten einen wichtigen Schritt der Konflikttransformation, wenn auch nur einen ersten. Ihre Ausgestaltung sowie weitere Forderungen der zivilgesellschaftlichen Akteure an die Regierungen sind Themen der Dialogkonferenzen, die die Stiftung seit 2005 unterstützt. In demselben Jahr konnte auf Initiative des Stiftungspartners eine Gruppe von Kaschmiris des pakistisch verwalteten Teils zum ersten Mal in den indischen reisen. Regierungsvertreter werden in die Konferenzen eingebunden oder über Ergebnisse informiert.

Engagement für freiheitliche Gesellschaften

SCCI und CDR sind zwei der über 25 Partner, mit denen die Stiftung in Südasien zusammenarbeitet. Die Stiftung für die Freiheit führt seit Ende der 1960er Jahre, also seit mehr als 40 Jahren, kontinuierlich Projekte in Südasien durch, zunächst in Indien und Sri Lanka, seit 1986 auch in Pakistan, ab diesem Jahr ebenfalls in Bangladesch. Alle anderen südasiatischen Staaten werden vom Regionalbüro in Neu Delhi aus in regionale Projektaktivitäten eingebunden.

Die „natürlichen“ Partner einer politischen Stiftung sind Parteien, mit denen die Stiftung weltweit Demokratien stärkt. Genuin liberale Parteien bestehen aber nirgends in Südasien. Liberale Grundströmungen in der Zivilgesellschaft sind allerdings zunehmend populär. Das Konzept der offenen, freiheitlichen Gesellschaft, basierend auf individueller Freiheit und Verantwortung, ist als Alternative zu den zentralistischen, quasi-sozialistischen wie auch den religiös-fundamentalistischen Politikmodellen der Region besonders für die modernen Mittelschichten attraktiv. Hier setzt die Arbeit der Stiftung an:

- wir vernetzen die Liberalen in Südasien
- wir treten für Rechtsstaatlichkeit und die Achtung von Menschenrechten ein
- wir setzen uns für die Rechte von Minderheiten ein
- wir arbeiten für mehr wirtschaftliche Freiheit
- wir fördern die aktive Bürgerbeteiligung
- wir unterstützen Bestrebungen zur regionalen Konfliktprävention und Förderung regionaler Kooperation.

1. Rechtsstaatlichkeit und Achtung von Menschenrechten

Da sich Gesetze, Institutionen und rechtsstaatliche Herausforderungen in allen Staaten Südasiens ähneln, fördert die Stiftung die Bildung südasiatischer Netzwerke zu Schlüsselbereichen von Menschenrechten, beispielsweise zur Polizeireform. Im Jahr 2011 führen Stiftungspartner dazu in Indien, Pakistan, Bangladesch und den Malediven gemeinsame Seminare durch. Online-Plattformen z.B. des Network for Improved Policing in South Asia (www.nipsa.in) helfen dabei, Informationen, Erfahrungen und Best-Practice Beispiele auszutauschen.

2. Rechte von Minderheiten

Im Jahr 2010 fanden Neuwahlen zum exiltibetischen Parlament statt, die die Stiftung durch verschiedene Maßnahmen eng begleitete. Es wurden beispielsweise Mitglieder der Wahlkommission geschult und der Kontakt der Abgeordneten zu den Siedlungen der Tibeter im Exil gefördert. Die Partnerschaft zu tibetischen Exilinstitutionen in Indien, mit der ihre demokratischen Kapazitäten gefördert werden, besteht seit annähernd 20 Jahren.

3. Wirtschaftliche Freiheit

Die Liberalisierung, die Indien seit 1991 vorangetrieben hat, setzt zunehmend Wachstumskräfte frei. Mehr wirtschaftliche Freiheit ist damit offensichtlich ein Schlüssel für die Schaffung von Massenwohlstand. Die Stiftung arbeitet zu diesem Thema auf zwei Ebenen. Die erste besteht aus Beiträgen zum öffentlichen Diskurs. Mit Think Tanks richtet die Stiftung gemeinsam Veranstaltungen aus, auf denen liberale Konzepte, beispielsweise der "Report on Economic Freedom for the States of India" mit Meinungsführern aus Medien, Politik und Gesellschaft diskutiert werden.

Die zweite Ebene sind Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen klein- und mittelständischer Unternehmen und des informellen Sektors. Hier führen oft abstruse und veraltete Regulierungen zu Anreizsystemen, die es Klein- und Kleinstunternehmern erschweren zu überleben oder zu wachsen. In Form von Kurzfilmen, der Erarbeitung von Gesetzesentwürfen und Treffen mit Parlamentariern werden Vorschläge diskutiert, wie die Chancen dieser unterrepräsentierten Gruppen auf einen Verdienst ihres Lebensunterhaltes erweitert werden können.

4. Aktive Bürgerbeteiligung und Transparenz von Regierungsführung

Die Stiftung fördert zusammen mit einer Reihe von Partnern Foren der aktiven Bürgerbeteiligung. So bietet der Partner Praja in der bevölkerungsreichsten Metropole Indiens, Mumbai, eine Online-Datenbank, die von Bürgern und den Medien genutzt wird, um mit Abgeordneten in einen Dialog über kommunalpolitische Anliegen zu treten.

Das Recht auf Information, das im Jahr 2005 in Indien verabschiedet wurde, ist für Praja – wie für zahlreiche andere Bürgerinitiativen – ein zentrales Instrument, an Daten der Verwaltung zu gelangen. In Indien versickern beispielsweise noch immer bis zu 40% der vom Staat ausgegebenen Summen für Wohlfahrtsprogramme. Im Jahr 2010 wurden – auch mit Hilfe des Rechts auf Information – eine Reihe Aufsehen erregender Korruptionsskandale aufgedeckt, darunter einer der größten Korruptionsfälle in der Geschichte Indiens.

Der Partner Commonwealth Human Rights Initiative (CHRI) setzte sich seit über 10 Jahren mit Unterstützung der Stiftung für die Verabschiedung und Implementierung des Rechts auf Information ein. Mit einem vertieften rechtlichen Verständnis steht CHRI ebenfalls NGOs und Regierungsstellen in anderen südasiatischen Ländern zur Seite. Auf diese Weise förderte der Partner die Gesetzgebung in Bangladesch, wo das Recht auf Information im Jahr 2009 verabschiedet wurde.

5. Regionale Konfliktprävention

Bi-oder Supranationale Kooperation in Südasien mit dem Ziel der Konfliktprävention ist explizit Thema der Zusammenarbeit mit dem SAARC Handelskammerverband und dem Centre for Dialogue and Reconciliation. Viele der anderen genannten Themen sind auf lokaler oder nationaler Ebene relevant. Die Stiftung für die Freiheit fördert die Kapazitäten ihrer Partner nicht nur in Form finanzieller Beiträge, sondern auch durch konzeptionelle Inputs, Trainings und Vernetzungsmöglichkeiten. Regionale Austauschforen spielen hierbei eine große Rolle. Unsere Hoffnung ist es, dass dieser zivilgesellschaftliche Austausch nicht nur lebendige Demokratien fördert, sondern auch langfristig die Grenzen zwischen den Staaten aufweicht und einen Beitrag zur regionalen Konfliktprävention leistet.

Weitere Informationen sind erhältlich auf der Webseite www.southasia.fnst.org.